Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 47. Montag, 25. Februar 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 60 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. [illegible] Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. [illegible] „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kundgebung für den bedrohten geistigen Mittelstand.

)(Berlin. Im Plenarsitzungssaal des Reichstages fand gestern vormittag in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und verschiedener Reichsminister eine eindrucksvolle **Kundgebung für den gefährdeten deutschen geistigen Mittelstand** statt. Der von nahezu 2000 Vertretern der notleidenden deutschen Kulturschicht besuchten Versammlung wohnten auch zahlreiche Vertreter des Reichstages, der Landesregierungen, der Behörden, der ausländischen Mächte sowie der inländischen und ausländischen Presse bei. Die Reden wurden, wie der Leiter der Versammlung, Dr. Croll, hervorhob, **radiotelephonisch 2000 Kilometer weit verbreitet.**

Als erster Redner wies der Reichstagsabgeordnete Dr. Everling in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schutzkartells für die notleidende Kulturschicht Deutschlands darauf hin, was deutsche Geistesgröße, deutsche Wissenschaft, Kunst und Technik allen Völkern gegeben hat. **Dieses Geistesleben, so führte er aus, leidet Not.** Stätten der Wissenschaft werden abgebaut, Forschungsinstitute sind durch Geldsorgen gehemmt, der Währungszerfall hat den Lebensertrag vieler deutscher Geistesarbeiter vernichtet. Ueberall drohender Zerfall der deutschen Kultur. Nach einem Hinweis auf die französische Politik, die ein immer noch gewaltiges Volk von 60 Millionen zur Verzweiflung treibe, **forderte der Redner für die gesamte notleidende deutsche Kulturschicht Gerechtigkeit von allen, die am Versailler Vertrag beteiligt sind.** Desgleichen richtete er an Regierung und Reichstag die Bitte, daß sie der Not des geistigen Mittelstandes mehr als bisher Rechnung tragen.

Reichskanzler Dr. Marx

begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf das unendliche Elend, in dem sich das deutsche Volk bereits befand, als er das Kanzleramt übernahm. Unsere Pflicht, so erklärte er, mußte es sein, den **ungeheuren Sturz der Wirtschaft aufzuhalten** und zu versuchen, zu einer ruhigen Entwicklung zu kommen und nach einer hoffentlich der Gerechtigkeit entsprechenden Regelung unseres Verhältnisses zu den Ententestaaten auf Grund des Versailler Friedens auch zu einer ruhigeren Entwicklung unserer Finanz- und Wirtschaftslage zu gelangen. Der Staat hat ein Interesse am Wohlergehen aller Kreise der Bevölkerung, und **gerade der Kulturstaat unserer Zeit hat ein besonderes Interesse am Geistesarbeiter.** Wenn alle Kreise die Wahrheit dieses Satzes erkannt hätten, dann würden gerade **weite Kreise der Industrie und des Handels in den letzten Jahren und Monaten der Not und des Elends für die Intellektuellen von ganz anderen Gedanken beseelt gewesen sein und würden sich zu ganz anderen Taten haben aufraffen müssen, als wir sie leider Gottes zu verzeichnen hatten.** Der Reichskanzler wies dann den außerordentlichen Wert der Geistesarbeit für die Entwicklung von Industrie und Handel einerseits und für den Ausbau des Arbeiterschutzes andererseits nach und erklärte, daß die deutsche Arbeit und die deutsche Industrie den kommenden schweren internationalen Wettbewerb nur dann siegreich bestehen können, wenn **außerordentliche Qualitätsarbeit in jeder Richtung geleistet wird.** Für alle Fortschritte, auf die wir rechnen müssen, schafft erst das geistige Leben, die Arbeit der Männer der Wissenschaft, der Techniker und Ingenieure die Voraussetzungen. Dementsprechend hat der Staat, die gesamte Entwicklung unseres Wirtschaftslebens und unserer Finanzen und unser ganzes Gemeinschaftsleben ein außerordentliches Interesse daran, daß unser Kulturfortschritt und unser intellektuelles Leben gesichert und gefördert wird.

Die Bedeutung unseres Geisteslebens reicht weit über die Grenzen unseres Staates hinaus. Ich spreche nicht zu stolz, wenn ich sage: **an dem Fortbestehen und an der Fortentwicklung des deutschen Geisteslebens, der deutschen Wissenschaft, der deutschen Literatur und Kunst, der deutschen Technik, hat die ganze Welt ein großes Interesse.** Die Zeiten sind vorüber, wo ein Staat glaubt, nur seine eigenen egoistischen Ziele verfolgen zu können. Der finanzielle Ruin Deutschlands hat den wirtschaftlichen und finanziellen Niedergang auch der Siegerstaaten zur Folge gehabt. Wenn unsere Universitäten, unsere Forschungsinstitute, unsere Hochschulen und technischen und sonstigen höheren Lehranstalten, die im Auslande einen außerordentlichen Ruf genossen, jetzt so außerordentlich schwere Not leiden, sollte dann nicht die ganze Welt daran teilnehmen müssen, nicht aus einem überschwenglichen Humanitätsgefühl, sondern aus dem Gefühl der bitteren Notwendigkeit, weil die ganze Menschheit mit der Wissenschaft verankert ist und leidet, wenn eines ihrer Glieder Not leidet? **Die ganze Welt muß Rücksicht nehmen auf unsere intellektuellen Kräfte, auf die große Zahl unserer Intelligenz, unserer Chemiker, unserer Techniker, auf alles, was sich zur Kunst,** Wissenschaft und Literatur rechnet. Es würde ein außerordentlicher Fehler und ein Manko für die Entwicklung der Literatur und Kunst der ganzen Welt sein, wenn die deutsche Literatur und Kunst ausgeschaltet würde.

Die Intelligenz hat aber auch **Anspruch darauf**, in den weitesten Schichten des eigenen Volkes Verständnis zu finden, namentlich in den Kreisen der Kapitalkräftigen, und bei ihnen die materielle Unterstützung zu erhalten, die sich nachher wieder in wertvoller Weise auch für die Kapitalkräftigen in Wirtschaft und Großhandel auswirken wird. Leider sind die Finanzen des Reiches und der einzelnen Länder derart zerrüttet, daß es dem Staat unmöglich ist, auch dem intellektuellen Teil der Bevölkerung eine solche Förderung und Unterstützung zuteil werden zu lassen, wie es notwendig wäre, und wie wir es gern tun würden, wenn nicht der eiserne Zwang der Not es uns einfach unmöglich machte. Die Regierung hat heute in erster Linie dafür zu sorgen, daß unser **Wirtschaftsleben gehalten wird** auf der Höhe und dem ruhigen Stand, den wir seit Mitte November glücklicherweise haben. Alle unsere Maßnahmen sind nur von dem einen Gedanken beseelt: **unser Volk darf und soll nicht mehr in eine Inflation hineingeraten.** Wir müssen den Sachverständigen zeigen, daß das deutsche Volk bis zum äußersten zu gehen entschlossen ist, um seine Geschäfte selbst zu besorgen und seine Finanzen in Ordnung zu bringen, soweit es möglich ist. Wir müssen diese nächsten Monate mit der ganzen Entschlossenheit des deutsches Volkes durchhalten. Wir wollen wieder zu einem Aufstieg, zu einer besseren Entwicklung unseres Volkes kommen.

Der Kanzler gedachte zum Schluß mit sehr herzlichen Worten der **Not der deutschen studierenden Jugend** und bekannte sich dabei zu dem Glauben, daß in den jungen Männern, in denen der stählerne und ernste Wille zur Tat lebt und die in gemeinsamer Tätigkeit mit den Arbeitern schwer gearbeitet haben, ein Geschlecht heranreifen wird, das weiß, wie wertvoll es ist, Brüder zu besitzen, wenn auch anderen Standes, in dem einen Gedanken: **wir wollen ein Reich sein, wir wollen ein Volk sein.** Wir werden wetteifern in friedlicher Geistes- und Wirtschaftsarbeit, um das Wohl des Ganzen, das **Wohl des deutschen Volkes und der ganzen Welt** zu fördern.

Nach dem Reichskanzler ergriffen noch das Wort: Dr. Dovifat, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse kurz die furchtbare individuelle Not unter den Angehörigen journalistischer Berufe schilderte; Dr. Ludwig Fulda, der für das Freie Deutsche Schrifttum betonte, daß keine Weiterentwicklung der Weltideale ohne die Mitwirkung der deutschen Geistesarbeit möglich und denkbar ist; Geheimer Sanitätsrat Dr. Herzau, der die furchtbare Notlage der medizinischen Wissenschaft, der Krankenversorgung, der Krankenanstalten sowie der einzelnen Aerzte beleuchtete; Architekt Dr. Siedler, der auf die Not der deutschen Künstlerwelt hinwies, und schließlich der Hauptgeschäftsführer der Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft Dr. Schairer, der nach einem Hinweis auf das Leben der Werkstudenten seinen Dank für die Hilfe aussprach, die der deutschen Studentenschaft von inländischen und ausländischen Wohltätern, vom **Papst** und von den Studentenschaften der skandinavischen Länder, der Schweiz, Spaniens, Englands und Amerikas zuteil wird.

Die Versammlung nahm schließlich einmütig eine Entschließung an, in der die Vertreter der geistigen Berufe Deutschlands unter Betonung auf ihr Recht auf Leben die Welt daran erinnern, was die Menschheit der deutschen Wissenschaft, Kunst und Technik verdankt. Die Entschließung **warnt davor, die Verelendung der deutschen Kulturschicht als die Sonderangelegenheit eines einzelnen Volkes zu betrachten** und fordert vom gesamten deutschen Volk, vor keinen Anstrengungen zurückzuschrecken, um den Geistesarbeitern erträglichere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Henderson fordert Revision des Versailler Vertrages.

)(London. Der englische Innenminister Henderson führte in einer Wahlrede in Burnley aus, die Tatsache, die am meisten aus der internationalen Lage herausrage, sei die, daß die **Friedensverträge fehlgeschlagen seien.** Den alliierten **Staatsmännern**, die ihre Länder in **Paris** vertraten, sei es **nicht gelungen, einen gerechten** und dauerhaften Frieden **zustande zu bringen. Die Politik nach dem Waffenstillstand habe Europa Chaos, Ruin, Hungersnot, Krankheit** und **Tod gebracht. Die Aufgabe Macdonalds und seiner Regierung sei es, zu verhindern, daß der bisherige wirtschaftliche Ruin weitere Fortschritte mache. Die Aufgabe der Regierung sei es zwar, einen wirklichen Frieden** zu schaffen, **Handel und Verkehr wiederherzustellen und sie auf** eine so **feste und sichere Grundlage zu setzen, daß die Zivilisation niemals wieder von einer ähnlichen Gefahr bedroht werde. Daher müßten alle, die wünschten, den Beginn einer neuen Aera internationalen [illegible] und Wohlwollens** zu sehen, auf der schnellstmöglichen Revision des **Friedensvertrages von Versailles als einer unbedingten Notwendigkeit** bestehen, ebenso wie auf einer Lösung des **umstrittenen Reparationsproblems.**

Die Urheber des Versailler Vertrages hätten, als sie ihn vorbereiteten, die Geschichte verhöhnt. Sie hätten mindestens erkennen müssen, daß sie alle Traditionen verletzten und sich über die Wünsche der Bevölkerung hinwegsetzten, nur damit die Beute den Siegern zufalle. Der Versailler Vertrag sei zweifellos den Grundsätzen der dem Waffenstillstande vorausgegangenen Vereinbarungen, unter denen Deutschland die Waffen streckte, entgegengesetzt und enthalte territoriale und wirtschaftliche Klauseln, die Tatsachen ableugnen, die sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach in öffentlichen Erklärungen enthalten seien, die von alliierten Staatsmännern während des Krieges abgegeben wurden. Der Vertrag habe ferner den Kampf der Völker um Befreiung und die Schaffung einer Herrschaft des Rechtes in einen tatsächlichen Eroberungskrieg umgewandelt. Die Bestimmungen des Vertrages verfolgen den Zweck, von den besiegten Ländern unmögliche Summen als Entschädigungen herauszupressen, unter der irrtümlichen Annahme, daß das Wirtschaftsleben mancher Länder zerstört werden könne, ohne daß dies das Wirtschaftsleben anderer Länder berühre.

Henderson sagte, er wolle, daß die Oeffentlichkeit begreife, **auf welchem Standpunkt die Regierung stehe. Der Premierminister versuche, die notwendige Atmosphäre zu schaffen, und er hoffe, daß Schritte durch eine Weltkonferenz, den Völkerbund oder durch beide unternommen würden, um zu sehen, ob man nicht zu dem Standpunkt zurückkommen kann, den der verstorbene Präsident Wilson im Gegensatz zu der Politik der alliierten Staatsmänner in den Jahren 1915, 1916 und 1917 eingenommen habe. Je eher die englische Regierung die nötige Atmosphäre schaffen und auf die Frage der Revision des Vertrages kommen könne, um so besser werde es für alle sein.**

Systematische Hetze gegen Deutschland.

In der **Pariser Presse** macht sich in den letzten Tagen eine systematische Hetze gegen Deutschland bemerkbar, die offenbar dartun soll, daß Deutschland leistungsfähiger sein könnte, wenn es nur wollte, und die damit bezweckt, die Sachverständigenausschüsse noch vor der Abfassung ihres Berichts zu beeinflussen. Im Zusammenhang damit ist auch auffallend, daß die **tschechoslowakische Presse**, besonders ein Prager Blatt, es so darstellt, als ob Deutschland für sein Heer viel zu hohe Ausgaben mache. Diese Behauptung erschien gleich darauf auch in der französischen, besonders in der Pariser Presse. Danach ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die tschechoslowakische und die Pariser Presse in einem gewissen Zusammenhang stehen. Zu denselben durchsichtigen Zwecken der Hetze gegen Deutschland gräbt jetzt die Pariser Presse auch Denkschriften aus dem Jahre 1916 aus, in denen behauptet wird, daß General Ludendorff und die deutschen Industriellen damals übereingekommen seien, daß den deutschen Industriellen französische Kohlengruben verschafft werden sollen. Diese Dinge sind längst abgetan, und sie werden jetzt nur wieder hervorgeholt, um die Welt gegen Deutschland zu verhetzen.

Briand zieht Vergleiche.

)(Paris. Der ehemalige Ministerpräsident **Briand** hielt gestern in Carcassonne eine Rede, in der er sagte, solange er Ministerpräsident gewesen sei, habe er darauf hingearbeitet, die Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten und den Frieden zu regeln. Im Jahre 1921, als er Ministerpräsident gewesen sei, habe Frankreich von Deutschland mehr erhalten als in den folgenden Jahren. Er bezweifle, daß eine befriedigendere Lösung als diejenige, die er in Cannes vorgeschlagen habe, gefunden werden könne. **Man beginne einzusehen, daß die militärische Geste nicht immer als das beste Mittel erscheine,** um alle Probleme zu lösen. Das Problem des Frankensturzes sei eng mit der auswärtigen Lage verbunden. Als er die Ministerpräsidentschaft niedergelegt habe, habe der Dollar auf 17 gestanden. Jedesmal, wenn Verhandlungen mit den Alliierten eingeleitet worden seien, sei der Franken gestiegen. In der Stunde, in der die französische Regierung **den Beweis gegeben habe, daß sie bereit sei,** auf der Basis der Arbeiten der Sachverständigen zu verhandeln, sei die so bedrohliche Spannung auf dem Wechselmarkte eingehalten worden. Wenn die Verhandlungen wieder aufgenommen würden, werde auch das Vertrauen wiederkehren. **Deutschland müsse fühlen, daß die wieder vereinigten Länder Europas ihm einen wirklichen Frieden aufzwingen.** Ein Krieg sei nicht mehr möglich. Frankreich wolle ihn nicht mehr.

Französische Hetze gegen Stresemann.

* Paris. Die **Ansprache**, die **Dr. Stresemann in Dresden** gehalten hat, gibt den Pariser Blättern erneut Anlaß, Ausstellungen zu machen. Stresemann habe, so meint der Korrespondent des Echo de Paris, nach der ungewohnten Fahrt im Flugzeuge die Tragweite seiner Worte scheinbar nicht richtig abschätzen können. Matin tut einen langen Blick in das Sündenregister Stresemanns und **meint zum Schluß**, in dem Augenblicke, in dem Europa die Lösung der Reparationsfrage erhoffe und Frankreich auf jede Kundgebung verzichte, die die Sachverständigen vor den Kopf stoßen könne, verfehle Stresemann keine Gelegenheit, seinem Groll ungehemmt Lauf zu lassen. Man möchte glauben, **daß die Aussichten** auf eine gerechte Lösung mit seinen politischen Absichten nicht im Einklange stehen. — Die nachträgliche Erläuterung, die das Berliner Auswärtige Amt zur Rede Stresemanns hinzufügt, wird von den Blättern **ohne Kommentar** gebracht. Sie hat offenbar den **Eindruck der Rede** abgeschwächt.

Reichskonferenz der Invaliden und Witwen.

)(Berlin. Wie die „Montagspost" meldet, hielt der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands am gestrigen Sonntag im Reichstagsgebäude eine **sozialpolitische Reichskonferenz** ab. **Vertreter der Invaliden und Sozialrentner aus allen Teilen des Reiches** nahmen an den Verhandlungen teil. In einer Entschließung gibt die Reichskonferenz der Ueberzeugung Ausdruck, daß die **mühsam errungenen Einrichtungen und Leistungen des Reiches unbedingt weiter bestehen bleiben und ausgebaut werden müssen. In einer zweiten Entschließung nahm die Reichskonferenz nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten [illegible] gegen den [illegible] Stellung.**

SLUB
Wir führen Wissen.